

18.41

Abgeordneter Peter Wurm (FPÖ): Herr Präsident! Herr Konsumentenschutzminister Stöger! Einige Sachen wurden bereits erklärt, es geht bei diesem Gesetzentwurf prinzipiell um das Basiskonto. Es gibt auch Erleichterungen beim Bankenwechsel, mehr Transparenz bei den Gebühren. Das ist grundsätzlich alles sinnvoll, wir werden das unterstützen.

Wir kämpfen in diese Richtung bereits seit vielen Jahren, und jetzt plötzlich kommt Bewegung in das Basiskonto. Man muss das vielleicht ein bisschen genauer erklären, was Frau Lueger und Frau Fichtinger gesagt haben: Nicht 150 000 Menschen, sondern 150 000 Österreicher hatten die letzten Jahre und Jahrzehnte kein Konto; aus vielen, vielen Gründen. (*Abg. Aslan: Das sind ja Menschen!*) Das waren 150 000 Staatsbürger, die kein Konto hatten. Was kommt jetzt mit dem Basiskonto? – Es bekommen 150 000 Österreicher ein Basiskonto plus noch einmal 150 000 Menschen mehr, nämlich Asylwerber und Asylberechtigte. Das heißt, wir haben dann 300 000 Personen in Österreich, die dieses Basiskonto bekommen. (*Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Aslan.*) – Ich wollte es nur klarstellen.

Was wir derzeit auch nicht wissen, ist, wer 80 € pro Jahr zahlt und wer 40 € pro Jahr zahlt. Das wird erst in einer Verordnung geregelt. Grundsätzlich wissen die Banker, dass diese 80 € oder 40 € natürlich nicht kostendeckend sind, das heißt, die Banken werden bei diesem Basiskonto hineinzahlen müssen, und das wird natürlich auch zulasten der allgemeinen Kunden gehen. Aber wir werden es unterstützen, denn wir wollen den 150 000 **Österreichern** diese Möglichkeit geben.

Das Problem in diesem Bankenbereich ist aber eigentlich – diesbezüglich kämpfen wir auch seit Jahren leider Gottes vergeblich, Herr Minister Hundstorfer hat das immer verschleppt –: Es gibt zwei Problemkreise oder einen ganz großen, und das sind die Verzugszinsen, Überziehungszinsen. Wir haben zwischen 12 Prozent und 15 Prozent Verzugszinsen. Das betrifft Hunderttausende Österreicher, auch Zehntausende Unternehmer, auch Klein- und Mittelbetriebe, die das Konto überzogen haben und ganz horrenden Überziehungszinsen zahlen. Das ist auch diese Schuldenfalle plus Überziehungsfalle, die dann teilweise zu Privatkonkursen oder auch zu Firmenkursen führt. Wir als Freiheitliche versuchen seit Jahren, da eine Decke einzuziehen. Wir beknen den Minister seit Jahren, er soll die Banken zwingen, halbwegs seriöse Spannen zu machen.

Ich erkläre es ganz kurz, ich habe es schon einmal gemacht: Wenn sich heute eine Bank bei der EZB 1 Million € ausborgt, zahlt sie dafür im Jahr 500 € an Zinsen. Verleiht

eine Bank das im Rahmen von Kundengeschäft-Überziehungszinsen an Kunden, erlässt sie im Jahr 132 000 €. Dass dies eine unverhältnismäßige Spanne bedeutet, sollte jedem klar sein. Bis heute haben es weder SPÖ noch ÖVP geschafft, diesbezüglich die Konsumenten in Österreich zu schützen. Wir warten immer noch darauf, wir werden auch nicht aufgeben. Das wären wirklich sehr sinnvolle und wichtige Maßnahmen für die Konsumenten.

Frau Lueger, weil Sie gesagt haben, am Montag wird sich Minister Schelling mit den Banken treffen oder telefonieren: Minister Hundstorfer hat uns das mehrmals angekündigt, er hat ständig mit den Banken telefoniert, es ist nur leider nichts Greifbares dabei herausgekommen. Ich weiß nicht, mit wem er jetzt wahrscheinlich telefoniert, aber nicht mehr mit den Bankdirektoren. Also Telefonate sind für mich zu wenig. Wir werden ja heute noch die Nagelprobe bei Ihnen machen.

Der zweite Bereich betrifft ein Thema, das Sie selbst angesprochen haben, ein Thema, das ich auch seit mittlerweile einem Jahr versuche weiterzubringen, nämlich die Bankomatgebühren. Plötzlich – man hört es in der Presse – überlegen immer mehr Banken, Bankomatgebühren einzuführen. Ein Schelm, der etwas Böses dabei denkt, ob das etwa das Gegengeschäft für das Basiskonto für Asylwerber ist – aber gut. Bankomatgebühren werden angedacht, wir als Freiheitliche stehen absolut dafür, das zu verhindern. Wir werden auch später einen Entschließungsantrag dazu einbringen.
(Beifall bei der FPÖ.)

Man muss schon einmal klarstellen – da sind wir wieder bei der Europäischen Union –, wir haben ja einige Sachen erlebt, die IBAN-Einführung – ganz sinnvoll, natürlich essenziell wichtig – war eine europäische Vorgabe; da hat Minister Hundstorfer uns im Parlament angeschwindelt. Das war nämlich eine EU-Vorgabe, den IBAN jedem Österreicher aufs Auge zu drücken. Heute stehen Pensionisten vor SB-Automaten und schreiben Zahlen auf, Pensionisten mit 80 Jahren. All die Pensionisten werden seit Jahren an die Maschinen in den Bankfilialen gezwungen. Sie müssen sich bei den Bankfilialen alles selbst machen – von Serviceleistung keine Spur. Filialen werden geschlossen. (Zwischenruf des Abg. **Keck**.) Wenn ich Pech habe, habe ich mittlerweile **nicht nur** zur Post zehn Kilometer, sondern auch zur Bankfiliale zehn Kilometer zurückzulegen. (Zwischenruf der Abg. **Lueger**.) – Frau Lueger, nehmen Sie doch die Realitäten zur Kenntnis!

Jetzt sage ich Ihnen Folgendes: Die Konsumenten, die Bürger in Österreich bekommen immer weniger Serviceleistung, sie werden gezwungen, an der Maschine zu arbeiten, auch Geld abzuheben. Und jetzt wollen Sie es zulassen, dass die Bürger

eine Bankomatgebühr bezahlen? Wie kann so etwas sein? – Das ist für mich völlig unverständlich. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wir werden jetzt die Nagelprobe machen. Ich bringe nämlich folgenden Antrag ein – da werden wir ja sehen, ob die SPÖ einmal mitzieht –:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verhinderung von Bankomat-Gebühren

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird ersucht, mit dem Bankensektor in Österreich umgehend Verhandlungen über eine Verhinderung von Bankomatgebühren aufzunehmen. Sollten die Banken auf die Verhandlungen nicht einsteigen, dann ist eine entsprechende Regelung im Konsumentenschutzgesetz vorzubereiten, um die Einführung von Bankomatgebühren zu Lasten der österreichischen Konsumenten zu verhindern.“

Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

18.47

Präsident Ing. Norbert Hofer: Der Antrag ist ausreichend unterstützt, ordnungsgemäß eingebracht und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter Wurm und weiterer Abgeordneter betreffend Verhinderung von Bankomat-Gebühren

eingebracht in der 126. Sitzung des Nationalrates am 28. April 2016 im Zuge der Debatte zu TOP 19) Bericht des Ausschusses für Konsumentenschutz über die Regierungsvorlage (1059 d.B.): Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Vergleichbarkeit von Entgelten für Verbraucherzahlungskonten, den Wechsel von Verbraucherzahlungskonten und den Zugang zu Verbraucherzahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (Verbraucherzahlungskontogesetz – VZKG) erlassen wird und das Konsumentenschutzgesetz und das Finanzmarktaufsichts-behördengesetz geändert werden (1095 d.B.)

Die FPÖ hat am 21. April 2016 zu den Plänen im Bankensektor, Bankomat-Gebühren einzuheben, ihre klare Gegnerschaft deklariert:

Weil Finanzminister Schelling den Banken bei der Bankenabgabe nicht entgegenkommt, sollen offenbar im Gegenzug wieder einmal die Konsumenten bluten. Das kommt für uns nicht in Frage. Das wird auch zur Nagelprobe für SPÖ-Minister Stöger: Ist er im Gegensatz zu seinem Vorgänger Rudolf Hundstorfer willens, sich schützend vor die österreichischen Konsumenten zu stellen? Angeblich ist Stöger ja Konsumentenschutzminister.“ Mit diesen Worten kommentierte heute FPÖ-Konsumentenschutzsprecher NAbg. Peter Wurm Medienberichte, wonach Banken bereits eine Bankomatgebühr diskutieren. „Wir haben den Bank-Austria-Pensionsdeal gestoppt und werden auch in Sachen Bankomatgebühr einen Schutzwall für die Konsumenten errichten! Nächste Woche im Nationalrat wird die FPÖ einen entsprechenden Antrag einbringen“, kündigte Wurm an.

Dieser klaren Haltung schloss sich auch der SPÖ-Pensionistenverband an:

Der Pensionistenverband Österreichs (PVÖ), die größte und mitgliederstärkste SeniorInnenorganisation Österreichs lehnt Bankomat-Gebühren, wie sie derzeit von VertreterInnen der Banken immer wieder angedeutet werden, kategorisch ab. „Das Leben in Österreich wird von Tag zu Tag teurer. Zusätzliche, noch dazu völlig ungerechtfertigte, finanzielle Belastungen werden vom PVÖ bekämpft werden“, unterstreicht Dr. Harald Glatz, PVÖ-Konsumentenschutzsprecher das klare Nein des Pensionistenverbandes zur Erfindung neuer Gebühren auf Kosten der KonsumentInnen. „In der Regel verlangen Banken für ihre Bankomat-Karten ohnehin eine saftige Jahresgebühr“, so Glatz, der unterstreicht: „In Anbetracht des wahren Bankfilialen-Massensterbens der letzten Jahre bleibt der Bankomat besonders für Personen mit eingeschränkter Mobilität häufig die einzige Möglichkeit an Bargeld zu gelangen! Die Forderung nach einer Gebühr für Bankomat-Behebungen ist daher nicht nur unsozial, sie ist auch zutiefst zynisch!“

„Bank Austria schließt 70 Filialen“, Volksbanken sperren 100 Filialen bis 2018‘... fast täglich werden Bankstellen-Schließungen bekanntgegeben, ein wahres ‚Filial-Massensterben‘, auf Kosten der KundInnen, die immer längere Wege zur nächstgelegenen Bankfiliale in Kauf nehmen müssen! Darunter leiden besonders ältere Menschen, die mit Online-Banking noch kaum vertraut sind bzw. ihre Bankgeschäfte lieber persönlich erledigen“, kritisiert Glatz, der weiter ausführt, dass dadurch auch eine nicht zu unterschätzende Gefahr für SeniorInnen entsteht. „Ältere Menschen, deren Bankfiliale geschlossen wurde und die nun weite Wege mit z.B. dem Taxi in Kauf

nehmen müssen, sind versucht teilweise fast ihre ganze Monatspension auf einmal zu beheben und diese dann zu Hause zu verwahren! Damit könnten sie leicht zum Opfer von Diebstahl, Einbrüchen und Überfällen werden!“, warnt Dr. Glatz, der die VertreterInnen der Banken dazu auffordert, im Sinne der Kundenfreundlichkeit von weiteren Filial-Schließungen abzusehen und Alternativen zur Finanzierung der Filialkosten wie z.B. Kooperationen zwischen Banken anzudenken.

Von Konsumentenschutzminister Alois Stöger (SPÖ) kam wieder einmal über Tage und Wochen nichts zu diesem Thema. In diesem Zusammenhang ist es deshalb notwendig, dass der SPÖ-Minister umgehend mit dem Bankensektor Verhandlungen aufnimmt, um diese Bankomatgebühren zu verhindern. Sind diese nicht erfolgreich, so muss eine entsprechende Regelung im Konsumentenschutzgesetz umgesetzt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird ersucht, mit dem Bankensektor in Österreich umgehend Verhandlungen über eine Verhinderung von Bankomatgebühren aufzunehmen. Sollten die Banken auf Verhandlungen nicht einsteigen, dann ist eine entsprechende Regelung im Konsumentenschutzgesetz vorzubereiten, um die Einführung von Bankomatgebühren zu Lasten der österreichischen Konsumenten zu verhindern.

Präsident Ing. Norbert Hofer: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Mag. Aslan. – Bitte.